

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Matthias Fischbach

Erster Vizepräsident Karl Freller

Abg. Barbara Regitz

Abg. Tobias Gotthardt

Abg. Gülseren Demirel

Abg. Dr. Anne Cyron

Abg. Dr. Simone Strohmayer

Abg. Julika Sandt

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo

Abg. Markus Bayerbach

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 13** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)

zur Änderung des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes

hier: Zugangserleichterung für Lehrkräfte aus der Ukraine und aus weiteren

Staaten mit EU-Beitrittskandidatenstatus (Drs. 18/23635)

- Zweite Lesung -

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Vereinbarung im Ältestenrat 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Matthias Fischbach von der FDP-Fraktion das Wort.

Matthias Fischbach (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieser Gesetzentwurf hat hier im Parlament, aber auch weit darüber hinaus schon viele Debatten hervorgerufen; denn an vielen Orten ist erkennbar, wo er eine wirkliche Hilfe wäre.

Kürzlich sprach ich zum Beispiel mit einer Schulrätin. Sie ist zum Schulstart damit beschäftigt gewesen, große Lücken bei der Stellenbesetzung zu füllen und zu flicken. Sie erzählte mir von einer hervorragenden Bewerberin, einer studierten Lehrkraft. Diese sei motiviert und habe fachlich das genau passende Profil. Aber: Der Weg zu einer ordentlichen Lehrerstelle in Bayern bleibe ihr faktisch versperrt. Sie ist als Deutsch-Türkin, die hier geboren wurde und perfekt Deutsch spricht, nicht in der Lage, hier zu arbeiten; denn sie hat den Fehler gemacht, ihr Studium, ihre Lehrerausbildung, in der Türkei zu absolvieren. Damit bleibt ihr nur, das Studium inklusive Staatsexamen und das Referendariat hier in Bayern nachzuholen oder sich von Aushilfsstelle zu Aushilfsstelle zu hangeln. Das ist ein Problem. Dieses Problem liegt nicht in ihrer Person

oder ihrer Qualifikation, sondern in der viel zu restriktiven Gesetzeslage in Bayern. Genau das wollen wir heute ändern.

Mit diesem Gesetzentwurf wird nicht jeder im Ausland erworbene Abschluss gleich anerkannt, aber er bringt die Chance einer fairen Überprüfung und gegebenenfalls die Festlegung angemessener Nachqualifizierungsmaßnahmen. Was wir hier vorschlagen, ist kein komplett neues Verfahren. Nein, es ist ein jedes Jahr hundertfach eingesetztes Verfahren mit erfolgreich absolvierten Nachqualifizierungs- und Ausgleichsmaßnahmen, allerdings nur für Lehrkräfte, für Lehramtsabschlüsse aus der EU und dem europäischen Wirtschaftsraum. Diese Möglichkeit wollen wir im ersten Schritt mit dem Gesetzentwurf auf jene Staaten ausweiten, die schon auf dem Weg in die EU sind, also für die EU-Beitrittskandidatenstaaten. Für sie gab es schon eine Empfehlung der EU-Kommission und einen einstimmigen Ratsbeschluss der Mitgliedstaaten, dass man sich gemeinsam auf diesen Weg der Integration begeben möchte. Dazu gehört am Ende die Lehrerausbildung. Deswegen geht es sicherlich nicht zu weit, die Möglichkeit eines Anerkennungsverfahrens kontrolliert weiter zu öffnen, Erfahrungen zu sammeln, die Lehrkräfte hier in Bayern zu integrieren und den Lehrkräftemangel damit spürbar zu bekämpfen.

Dass CSU und FREIE WÄHLER in den bisherigen Debatten gezauert haben und schon mit schmerzerfüllter Stimme die Namen betroffener Länder vorlesen, lässt tief blicken; sie erkennen nicht, wo aktuell die eigentlichen Probleme liegen. Sprechen Sie zum Beispiel mit den Lehrkräften an den Grund- und Mittelschulen; sie sind vom akuten Personalmangel betroffen. Sie wären über solche Entlastungen oder solche Verstärkungsmöglichkeiten sehr, sehr erfreut. Deswegen ist es kein Wunder, dass zum Beispiel der BLLV, der größte Lehrerverband Bayerns, diesem Entwurf positiv gegenübersteht, dass auch die Kommunen, namentlich der Städtetag, grünes Licht zu diesem Entwurf gegeben haben.

Es ist einfach – das spricht ja da raus – niemandem mehr vermittelbar, dass man inzwischen zwar mit allen möglichen Hochschulabschlüssen, auch ohne Pädagogikbe-

zug, per Sondermaßnahme direkt in das Referendariat für das Mittelschullehramt wechseln kann, gleichzeitig einer ukrainischen Lehrkraft auch mit einer soliden Ausbildung und jahrelanger Berufserfahrung einen solchen Einstieg aber selbst mit Nachqualifizierungsmaßnahmen nicht zutraut. Das ist das Problem.

Deswegen bin ich der Meinung und Überzeugung: Am Ende muss es um Leistung, um Eignung gehen. Das muss mehr zählen als die reine Herkunft, als der Ort, wo dieser Abschluss gemacht worden ist. Es geht vielmehr darum, was für die Schüler erreicht werden kann.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Unsere Bildungsverwaltung wird in der Lage sein, die Einschätzung dieser Abschlüsse vorzunehmen; sie muss dies schon bei den EU-Abschlüssen tun und tut dies erfolgreich. Bei den weiteren Staaten kann sie das auch erledigen, nämlich Nachqualifizierung festlegen und das Ganze begleiten.

Liebe Regierungsfractionen, Sie reden auch sonst die Leistungsfähigkeit der Behörden nicht schlecht. Andere Bundesländer sind schon weiter; wir können das in Bayern auch schaffen. Lassen Sie uns also hier einen weiteren Baustein zur Bekämpfung des Lehrermangels legen.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Fischbach. – Ich darf die nächste Rednerin aufrufen: Es ist die Abgeordnete Barbara Regitz von der CSU-Fraktion. Bitte schön, Frau Kollegin Regitz.

Barbara Regitz (CSU): Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren! Nun kommen wir nach einer ausführlichen Diskussion im Plenum und im Bildungsausschuss nochmals zusammen. An Ihren Argumenten, die Sie bereits mehrfach angeführt haben, hat sich jedoch nichts geändert. Ein aufgewärmtes Gericht wird auch nicht besser, werte Kolleginnen und Kollegen.

(Zuruf der Abgeordneten Gisela Sengl (GRÜNE))

Suggeriert wird, wir könnten nach dem FDP-Vorschlag den Lehrermangel an Bayerns Schulen durch Zugangserleichterungen für Lehrkräfte aus der Ukraine und aus weiteren Staaten mit EU-Beitrittskandidatenstatus beheben. – Ein Unfug! Allein schon in der Lehrerausbildung besteht ein erheblicher zeitlicher und qualitativer Unterschied zwischen dem Modell bei uns im Freistaat und den Modellen in den genannten Ländern, wie ich noch ausführen werde.

Meine Damen und Herren, wir brauchen Lehrkräfte an den bayerischen Schulen. Das ist ein ernstzunehmendes Thema. Aber wollen wir diesen Lehrermangel und damit die Sicherstellung der Unterrichtsversorgung durch Einstellung anders qualifizierter Lehrkräfte lösen? Sollten beispielsweise Lehrkräfte aus der Ukraine unbefristet in festen Arbeitsverhältnissen an unseren Schulen eingestellt werden? – Die Unterschiede zwischen den Lehrerausbildungen bei uns und den Lehrerberufsqualifikationen in der Ukraine und den anderen Ländern sind groß, wie bereits angedeutet. Deshalb dürfen wir uns nicht verleiten lassen, die Vergleichbarkeit der Examina außer Acht zu lassen. Lehrkräfte in der Ukraine absolvieren ein vierjähriges Studium in lediglich einem Fach, haben kaum eine schulpraktisch vertiefte Ausbildung, keine Referendarzeit, keinen Vorbereitungsdienst. Statt Kompetenzorientierung wie bei uns werden in der Ukraine Inhalte auf verschiedenen Niveaustufen in den einzelnen Schuljahren unterrichtet. Dieses ukrainische Ein-Fach-Lehrerprinzip ist mit unserem bayerischen Prinzip nur schwer kompatibel. Das soll aber nicht bedeuten, dass Lehrkräfte aus der Ukraine schlechtere Lehrerinnen und Lehrer sind. Die Voraussetzungen sind halt einfach anders. Das habe ich Ihnen bereits bei der Ersten Lesung ins Stammbuch geschrieben. Es wäre Eltern, Schülern und bayerischen Lehrkräften nur schwer vermittelbar, wenn Kolleginnen und Kollegen aus der Ukraine mit völlig anderen Voraussetzungen fest angestellt ins bayerische System übernommen würden.

Unsere primären Aufgaben und Ziele lauten derzeit mehr denn je: Erstens. Den Unterricht an bayerischen Schulen sichern. Dafür unternimmt die Regierungskoalition aus

CSU und FREIEN WÄHLERN viel, während die Opposition immer nur alles ablehnt und schlechtredet.

Zweitens. Die Lehrkräfte, die beispielsweise aus der Ukraine zu uns kommen, müssen die gebotene Wertschätzung erhalten. Das ist genauso möglich ohne eine generelle Ausweitung und Erleichterungen für den Schuldienst.

Im Übrigen wollen Sie von der Opposition auf Bundesebene eine radikale Aufweicung unseres Zuwanderungsgesetzes. Dabei lassen Sie völlig außer Acht, dass dafür Mitwirkung und Qualifikation eingefordert werden müssen.

Drittens. Wir müssen unsere Qualität und unsere Standards halten und sie dort optimieren, wo das nötig ist, dann allerdings mit sinnvollen und nachvollziehbaren Lösungen, aber nicht mit irgendwelchen Schnellschüssen, wie dieser Gesetzentwurf, der eigentlich, wie meist bei der FDP, nur für Aktionismus steht.

(Matthias Fischbach (FDP): Der Städtetag sieht das anders!)

Im Vordergrund der CSU-Bildungspolitik stehen die Wahrung der Humanität, die Sicherung von Qualitätsstandards und die Ermöglichung von Integration. Fachliche Argumente spielen dabei vor allem bei Lehrkräften immer eine ganz wichtige Rolle. Wir begegnen anders Qualifizierten aus der Ukraine und anderen Ländern nicht ablehnend, sondern konstruktiv kritisch. Es geht nicht um den Einzelnen als Menschen, sondern um dessen Ausbildung und um die Kompatibilität seiner Lehrtätigkeit mit dem bayerischen Schulsystem. Lehrkräfte sind nun einmal nicht nach ihrem persönlichen Schicksal zu beurteilen, sondern nach ihrer Qualifikation. Das sind wir unserem Nachwuchs schuldig, und das muss deshalb selbstverständlich bleiben.

Zeitlich befristet können Lehrkräfte bereits jetzt an unseren Schulen als Vertretungslehrkraft, als Teamlehrkraft oder auch als Willkommenskraft arbeiten. Sie können sich auch in einem weiteren Fach nachqualifizieren und anschließend die Referendarzeit durchlaufen, wie das für Lehrkräfte bei uns üblich ist. Dies ist im Übrigen im Auftrag

aus dem Bildungsausschuss unter drittens, Seite 7 nachzulesen. An dieser Stelle sage ich den Mitarbeitern des Kultusministeriums ein herzliches Dankeschön für diese Zusammenstellung. Aus ihr ist nämlich deutlich ersichtlich, welche Zugangsmöglichkeiten es zum Lehrberuf gibt und dass diese nicht mit Zugangsmöglichkeiten zu einer Beschäftigung im Schulbereich gleichzusetzen sind. Diese sind deutlich niederschwelliger.

Sie sehen also, liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt bereits bewährte Instrumente für Lehrkräfte aus anderen Ländern, um sie bei uns in den Schuldienst aufzunehmen. Es besteht daher keine Notwendigkeit zur Änderung. Deshalb wird der Gesetzentwurf der FDP abgelehnt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Regitz. – Als nächsten Redner darf ich Herrn Kollegen Vizepräsident Thomas Gehring für die GRÜNEN-Fraktion aufrufen.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir finden es gut, dass die FDP diesen Gesetzentwurf eingebracht hat, weil das Thema Zugangserleichterung für Lehrkräfte aus anderen Ländern – aus der Ukraine, aber auch aus anderen Ländern – wichtig ist. Erster Aspekt: Das Thema betrifft uns alle sehr stark; denn wir haben in Bayern eine Unterrichtskrise. Wir haben einen Mangel an Lehrkräften. Man muss es schon noch einmal sagen: Dieser Mangel an Lehrkräften hat damit zu tun, dass in den vergangenen Jahren hoch qualifizierte bayerische Lehrkräfte nicht eingestellt worden sind, sondern dem freien Arbeitsmarkt überlassen wurden. Sie sind woanders hingegangen.

(Zuruf des Abgeordneten Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER))

– Ja, Herr Kollege, das wären aber heute noch junge Lehrerinnen und Lehrer, wenn man sie damals vor acht, neun oder zehn Jahren eingestellt hätte, voll leistungsfähige,

gute Leute, und diese Leute fehlen heute. Wäre man damals schon unserer Forderung nachgekommen, eine 110-prozentige Lehrerversorgung an den Schulen zu gewährleisten, dann wären die Schulen resilient und könnten überraschende zusätzliche Schülerzahlen auch besser verkraften. Das ist aber nicht gemacht worden.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Der zweite Aspekt ist, dass wir Zuwanderung zu unserem Bildungssystem haben. Wir sind ein Einwanderungsland. Herr Kollege Straub hat es gestern zweimal gesagt, und wir haben es zur Kenntnis genommen: Bayern ist ein Einwanderungsland. Das bedeutet, dass auch Kinder und Jugendliche kommen, ganz egal, ob es Arbeitsmigranten oder Flüchtlinge sind. Die Flucht der Menschen aus der Ukraine war sicherlich nicht vorhersehbar, aber wir müssen darauf reagieren können. Von daher ist die Frage: Wie können wir den Zugang von Lehrkräften aus anderen Ländern entscheidend besser ermöglichen? Das ist wichtig, weil wir in diesem Bereich auch Zuwanderung brauchen werden, um dem Lehrkräftemangel bei uns begegnen zu können und auch, weil es für die Schülerinnen und Schüler gut ist, wenn sie Lehrkräfte haben, die die Herkunftssprache können. Außerdem können sie dann die Integration in diese Gesellschaft am positiven Beispiel ihrer Lehrkräfte sehen.

Zum Dritten: Manche dieser Leute sind schon bei uns im Land. Viele qualifizierte Lehrkräfte aus anderen Ländern arbeiten nicht an unseren Schulen, sondern in anderen Bereichen. Es wäre gut, wenn wir diese Leute an die Schulen bringen könnten.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Die Verfahren, bis diese Leute anerkannt werden, dauern einfach sehr lange. Dazu gab es auch einen Bericht im Bildungsausschuss. In der Regel wird mehr oder weniger ein komplettes Studium verlangt – von Leuten, die in dieser Zeit natürlich Geld verdienen müssen. Sie sind keine Studierenden; deshalb gehen sie in andere Berufe, weil sie sich das Studium nicht leisten können. Außerdem ist der Hochschulort selten dort, wo der Wohnort oder der mögliche Einsatzort an den Schulen ist. Wir brauchen

deshalb ein flexibleres System, das schneller wird und das, was auch ganz wichtig ist, die praktische Eignung, die praktische Fähigkeit dieser Lehrkräfte besser bewertet. Ich weiß, bei uns ist es immer schwierig, praktische Fähigkeiten tatsächlich anzuerkennen. Das kommt immer ein bisschen zu kurz. Diese Leute haben aber seit Jahren gut unterrichtet.

Frau Kollegin Regitz, Sie sagen, ukrainische Lehrerinnen und Lehrer sind nicht schlechter als unsere, bloß die formalen Voraussetzungen fehlen. Was hilft dieser Satz den Schülerinnen und Schülern, die einen guten Unterricht brauchen? Da spielen doch die formalen Voraussetzungen keine Rolle, sondern wir sollten darauf schauen, was diese Leute können, was sie unterrichten können. Das sollten wir anerkennen, und darum geht es letztendlich.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Tobias Gotthardt
(FREIE WÄHLER))

Und ich sage auch voraus, wir werden uns mit dem Thema Ein-Fach-Lehrkräfte beschäftigen müssen. Wir werden mit dem jetzigen System der Zwei-Fach-Lehrkräfte nicht auskommen. Wir werden uns über die Ein-Fach-Lehrkräfte unterhalten müssen. Aber man kann dann auch jemanden nachqualifizieren, damit er ein zweites Fach unterrichten kann. Das ist eine große Herausforderung. Wir fordern deshalb: Wir brauchen ein besseres System der berufsbegleitenden Qualifizierung von Lehrkräften, die zu uns kommen, damit sie im Unterricht schnell eingesetzt werden können und gleichzeitig noch die Voraussetzungen erlernen können, die sie brauchen, damit sie bei uns dann auch wirklich gut eingesetzt werden können.

Der Gesetzentwurf der FDP ist ein guter Vorschlag. Es ist gut, dass wir über das Thema diskutiert haben. Zugangserleichterungen sind das A und O. Mit dieser formalen Ausweitung auf die Beitrittsländer sehen wir durchaus Schwierigkeiten. Deshalb werden wir uns enthalten.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herzlichen Dank, Herr Kollege Gehring. – Nächster Redner ist der Vorsitzende des Bildungsausschusses Herr Tobias Gotthardt von den FREIEN WÄHLERN. Bitte schön, Herr Abgeordneter Gotthardt.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Zweite Lesung zum Lehrerbildungsgesetz, und da ist er wieder: Magic Matthias und sein bildungspolitisches Zauberkestelchen.

(Heiterkeit)

Mit einem Satz verändern wir die Welt. – Nein, im Ernst, das ist ein ernstes Thema. In den letzten Jahren schultert unser Schulsystem vor allem durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine eine große Herausforderung. Wir haben 40.000 Schülerinnen und Schüler zusätzlich, die aus der Ukraine an unsere Schulen kommen. Wir haben in diesem Bereich zusätzlich 6.000 Lehrkräfte eingesetzt. Natürlich geht es uns darum, die Unterrichtsversorgung und die Lehrerversorgung zu garantieren und einem Lehrermangel vorzubeugen. Allerdings begeht die FDP einen großen Fehler, wenn sie glaubt: Da dreht man jetzt an einem Rädchen, und dann ist alles gleich, und alles ist gut. – Ich habe das bei der Ersten Lesung schon mal erklärt: Sie können die Beitrittskandidaten zur Europäischen Union nicht über einen Kamm scheren – grundsätzlich nicht, aber schon gar nicht bei der Lehrerbildung. Sie haben vollkommen unterschiedliche Niveaus. Wenn ich Ihnen die Staaten wie die Türkei, Georgien oder die Ukraine nenne, dann wissen Sie, wovon ich rede, wenn ich sage, dass die Voraussetzungen da sehr unterschiedlich sind.

Grundsätzlich bieten wir diesen Menschen – die Kollegin Regitz hat es ausgeführt – die Möglichkeit, sich nachzuqualifizieren, das heißt, in den Lehrerberuf einzusteigen. Ich glaube, wir sind uns einig, dass wir die Qualität des Lehrerberufes bei allen Kräften, die in Bayern eingesetzt werden, garantieren wollen. Deswegen macht es Sinn, diese Vorgaben unbürokratisch und schnell, was die Universitäten zu großen Teilen auch tun, aber doch konsequent umzusetzen.

Nebenbei bieten wir die Möglichkeit, in anderen Bereichen, zum Beispiel als Brückenkräfte bei "gemeinsam.Brücken.bauen", einzusteigen und sofort als Lehrkraft oder als lehrende Person an unseren Schulen tätig zu sein. Diese Möglichkeit haben wir auch in der Weiterentwicklung dann in den Lehrerberuf hinein.

Mir ist bei dieser ganzen Geschichte und in der Debatte wichtig, dass wir jenseits dessen, was die FDP als ein Rädchen irgendwo vorschlägt, den Gesamtansatz, den ganzheitlichen Ansatz sehen. Wir – damit meine ich unsere Fraktion, den Kultusminister und die Kultusstaatssekretärin – sehen natürlich die Herausforderung der Lehrergewinnung. Wir sehen die Herausforderung, Menschen für den Lehrerberuf zu begeistern und Angebote zu machen.

Das heißt aber auch: Man muss an ganz vielen Zahnrädchen drehen, um die Lehrerversorgung in Bayern ausbauen zu können. Da sind die Drittstaaten ein Rädchen, wobei das Potenzial, wenn Sie ehrlich sind, angesichts der Sprachvoraussetzungen eingeschränkt ist. Sie bekommen nicht Tausende von Lehrkräften aus Georgien, sondern wir reden da von Lehrkräften im vielleicht dreistelligen Bereich, die generierbar sind.

Viel wichtiger ist mir zum Beispiel, dass wir als Freistaat Bayern sehr selbstbewusst auftreten. Wir haben ein hohes Bildungsniveau. Wir haben gut ausgestattete Schulen. Wir haben eine faire und hohe Bezahlung, auch im Vergleich zu anderen Bundesländern. Deswegen können wir in ganz Deutschland um Lehrkräfte werben, weil es nämlich schön und gut ist, in Bayern Lehrkraft zu sein und hier an den Schulen lehren zu dürfen.

Wir können und müssen die Möglichkeiten des Quereinstiegs, die wir haben, weiter beobachten und ausbauen und neue Möglichkeiten schaffen und neue Wege gehen, um Kräfte zu generieren. Wir müssen im Bereich der freiwilligen Rückkehr aus der Teilzeit aufstocken und in der Teilzeit Anreize und Möglichkeiten schaffen, auch höhere Flexibilität hinbekommen. Das ist ein Weg, den wir in den letzten Monaten und

Jahren schon gegangen sind, den wir aber konsequent weitergehen werden, weil wir sehen: Da ist Potenzial zur Gewinnung von Lehrkräften.

Grundsätzlich werden wir weiter bauen und die Personalkultur in unserer Schulfamilie weiterentwickeln. Wir wollen in Bayern so dastehen, dass wir sagen können – das können wir auch im Brustton der Überzeugung sagen –: Wir können hier Lehrer werben, weil wir einen guten Standort haben. Wir können auf Menschen zugehen. Wir können Menschen, gerade junge Menschen, für den Lehrerberuf begeistern. Wir können sie auch aus anderen Fachbereichen in den Lehrerberuf holen, weil es eine wunderbare Aufgabe ist, nicht Wasserhähne zu polieren, sondern Kinder zu begeistern und zu bilden, für ihre Zukunft zu bilden.

(Unruhe bei den GRÜNEN)

– Was ist denn los? Was ist unmöglich?

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Ihr müsst schon laut reden. Wenn ihr mich aufhalten wollt, müsst ihr lauter reden, weil ich es sonst nicht höre. Ansonsten gibt es die Möglichkeit zur Zwischenbemerkung.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Was ich sagen wollte – das ist nämlich das Wichtige –: Wir müssen den Weg, den wir beschritten haben, konsequent weitergehen, an allen Zahnradchen in diesem ganzheitlichen System drehen und weiterhin dafür sorgen, dass wir Menschen, junge Menschen aus ganz Deutschland und darüber hinaus, für den Lehrerberuf in Bayern begeistern, weil es Spaß macht, schön ist und gut ist, in Bayern Lehrkraft zu sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte bleiben! Es gibt zwei Zwischenbemerkungen. Die erste kommt von dem Abgeordneten Matthias Fischbach von der FDP-Fraktion. Bitte schön, Herr Fischbach.

Matthias Fischbach (FDP): Lieber Herr Kollege Gotthardt, das war ein bisschen "magic", wie Sie den Begriff "Lehrermangel" ausgeweitet haben auf irgendwelche Nebenkriegsschauplätze, die heute gar nicht zur Debatte stehen. Wir hatten schon viele Debatten über Anträge auch der FDP-Fraktion zur Reform der Ausbildung oder zur Gewinnung von älteren Lehrkräften und so weiter und so fort.

Heute geht es um die Frage, wie wir den Beruf gerade für Lehrkräfte in Drittstaaten attraktiv machen können bzw. den Zugang erleichtern können. Da haben wir riesige Probleme. Wir haben es im Ausschuss vonseiten des Ministeriums geschildert bekommen. Wir haben gerade bei älteren Lehrkräften, zu deren Studienzzeit bei den Abschlüssen zum Beispiel noch keine Bologna-Reform war, keine Möglichkeit, das leicht anerkennen zu lassen. Das ist zum Beispiel einer fünfzigjährigen Lehrkraft meines Erachtens nicht zuzumuten – sehen Sie das anders? –, da noch einmal ein Studium anzufangen und im Prinzip kaum etwas anerkannt zu bekommen. Das sind doch die Kräfte, die viel Erfahrung auch im Umgang mit Kindern mitbrächten. Wenn sie dann noch die deutsche Sprache beherrschen, müsste es doch möglich sein, sie mit kleinen Nachqualifizierungen in Bayern zu integrieren. Warum sehen Sie das anders? Warum wollen Sie diese hundert Lehrkräfte, wenn es nur hundert sind, nicht in unsere Schulen in Bayern bekommen?

(Beifall bei der FDP)

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Kollege Fischbach, Sie haben mich falsch verstanden oder wollten mich vielleicht falsch verstehen. Die Kollegin Regitz hat es deutlicher ausgeführt, als ich es vorhin gesagt habe. Deswegen habe ich mich zu diesem Bereich kurzgefasst. Wer nach Bayern kommt, wer die Qualifikation einer Lehrkraft hat und dazu die Sprachfähigkeit hat, wird in Bayern einen Weg finden, schnell und unbürokratisch an unseren Schulen unterrichten zu können. Das ist so, und das wird auch so bleiben.

(Zuruf von den GRÜNEN: Vielleicht sind Sie gut im Schönreden!)

Deswegen ist der Gesetzentwurf, den Sie vorgelegt haben, nicht notwendig und überflüssig.

(Zurufe)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Wir gehen der Reihe nach vor. Die nächste Zwischenbemerkung kommt von der Frau Kollegin Gülseren Demirel. Bitte schön, Frau Kollegin.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Herr Kollege Gotthardt, als ich Ihnen zugehört habe, habe ich mir gedacht: Wenn ich Lehramt studiert hätte, jahrelange Berufserfahrung hätte und aus politischen Gründen oder Kriegsgründen oder was auch immer nach Deutschland, nach Bayern gekommen wäre und für meinen Beruf brenne und das hier gerne fortführen würde, wüsste ich nach Ihrer Rede nicht, wo ich anfangen müsste.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Das ist erst einmal Ihr Problem.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Ich bin noch nicht fertig! – Ich muss mir meinen Lebensunterhalt verdienen und soll gleichzeitig, obwohl ich jahrelange Berufserfahrung und ein Studium habe, noch mal ein Studium beginnen.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Das habe ich doch gar nicht gesagt!

Gülseren Demirel (GRÜNE): Warum bieten Sie diesen Menschen nicht Aufbaustudien an? Die Universität Eichstätt zum Beispiel sagt, sie wäre bereit, die Hunderte Lehrer und Lehrerinnen, die sich in Bayern befinden, die schon da sind, mit Aufbaustudien zu unterstützen. Das sind Menschen, die sehr gut Deutsch sprechen. An den Sprachkenntnissen fehlt es also nicht. Zeigen Sie doch mal einen Weg und sagen Sie nicht, in Bayern gibt es zig Möglichkeiten. Ich kenne kein einziges Projekt des Kultusministeriums oder auch des Wirtschafts- oder Arbeitsministeriums. Wenn es die doch gibt, dann klären Sie auf, Herr Gotthardt. Dann reden Sie doch Klartext und nicht abstrakt, was in Bayern alles so toll läuft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Die Kollegen wissen, dass ich Klartext liebe. – Kollegin, ich weiß nicht, was Sie hören wollen. Ich weiß, was ich gesagt habe. Ich habe gesagt, dass wir in Bayern eine Willkommenskultur haben und um Kräfte aus Drittstaaten werben, aber auch klare Voraussetzungen haben, was den Einstieg und die Qualitätsgarantie betrifft, und dass wir innerhalb dieser Vorgaben Wege anbieten,

(Julika Sandt (FDP): Welche denn?)

in denen sie – ich wiederhole mich – unbürokratisch und schnell unter anderem an den Universitäten, die das anbieten, Nachqualifizierungen machen können. Wir reden von Nachqualifikation. Die brauchen keinen Studiengang. Wir brauchen eine Nachqualifikation von Lehrkräften. Und das geht!

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Dann sagen Sie uns doch, wie!)

Nennen Sie mir ein Beispiel, bei dem es nicht geht! Machen wir die Beweisumkehr.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Wenn die sich nachqualifizieren wollen und dafür ein ganzes Studium machen müssen, was ist denn das für eine Nachqualifikation?)

– Nachher, Frau Kollegin.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Gotthardt hat das Wort!

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Machen wir die Beweisumkehr. Nennen Sie mir einen Fall, wo es nicht funktioniert.

(Matthias Fischbach (FDP): Ich kann Ihnen das nennen! Gehen Sie mal mit zum Schulamt!)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. Das wäre es dann. – Ich möchte zur Erläuterung Folgendes sagen: Zwischenbemerkungen sind nur möglich während der

ersten Rede eines Redners, und nicht während seiner Antwortrede. Es geht also nicht, dass man sich in die Fortführung einer Diskussion einschaltet, sondern man muss es gleich machen, wenn der Redner noch für seine erste Rede am Pult steht. Das als Hinweis.

Etwas anderes ist es, wenn sich aus einer Fraktion noch jemand formell als Redner meldet und die Fraktion noch Redezeit zur Verfügung hat. Dann kann noch ein zweiter oder dritter Redner einer Fraktion zu Wort kommen. – Das nur zur Klärung an die beiden Damen, die sich verspätet gemeldet haben, damit es da keine Missverständnisse gibt.

Jetzt sind wir bei der nächsten Rednerin: Das ist die Frau Dr. Anne Cyron von der AfD-Fraktion. Bitte schön, Frau Dr. Cyron.

(Beifall bei der AfD – Matthias Fischbach (FDP): Jetzt kommen die Vierziger zurück!)

Dr. Anne Cyron (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Auf den ersten Blick möchte man meinen, dieser Gesetzentwurf stamme aus der rot-grünen Ecke da links. Aber nein, weit gefehlt: Er kommt von der Drei-Prozent-Partei FDP,

(Beifall bei der AfD)

die mit diesem Gesetzentwurf wohl bei den GRÜNEN Wählerstimmen abfischen möchte. Der Wahlkampf wirft seine Schatten offenbar bereits voraus.

Sehr geehrte Abgeordnete, unsere Kinder haben einen Anspruch auf bestmögliche Bildung. Bestmögliche Bildung ist nur gewährleistet durch bestmögliche Lehrerausbildung. Wir haben in Bayern sehr hohe Qualitätsstandards an unseren Schulen. Die gilt es zu erhalten. Wir haben hohe Qualitätsstandards bei der Lehrerausbildung. Die gilt es ebenfalls in vollem Umfang zu erhalten. Die bayerische Lehrerausbildung ist gut und hat sich bisher bewährt, und das soll auch bitte so bleiben. Das Lehrerausbil-

derungssystem der Ukraine ist weder identisch noch vergleichbar mit unserem Ausbildungssystem. Es bestehen erhebliche Unterschiede, die bereits von den Vorrednern erläutert wurden. Somit besteht überhaupt kein Anlass, das bestehende Gesetz zu ändern und dadurch einen Niveauverlust bei der schulischen Ausbildung unserer Kinder in Kauf zu nehmen, nur um ukrainischen Lehrern vielleicht eine Perspektive zu geben.

Wir sind nicht dazu verpflichtet, den ukrainischen Lehrkräften eine Perspektive zu geben. Sie werden nach Hause zurückgehen, sobald es keinen Fluchtgrund mehr gibt. Die Ukraine braucht ihre Lehrer selbst ebenso wie die EU-Beitrittskandidatenstaaten; auch sie brauchen ihre Lehrer selbst, um EU-kompatibel zu werden. Ihre Ausbildung entspricht nicht unserer Lehrerausbildung, aber unsere Kinder haben ein Recht auf qualifizierten Unterricht.

Einerseits wollen wir die ganze Welt retten, andererseits sind wir aber offenbar nicht einmal in der Lage, genügend Lehrer für unsere Kinder auszubilden. Wir müssen das Lehramt einfach attraktiver gestalten und jungen Menschen in diesem Beruf mehr Perspektiven bieten, damit sich wieder mehr für diesen Beruf entscheiden. Es liegen hinreichend Vorschläge auf dem Tisch, wie uns das gelingen könnte. Es wurde hinreichend darüber diskutiert. Packen wir es also an! Investieren wir doch die Gelder, die in die Nachqualifizierung ausländischer Lehrkräfte gesteckt werden sollen, in unseren eigenen Nachwuchs.

Von den Antragstellern wurden in dieser Zweiten Lesung keine überzeugenden Argumente vorgebracht; damit erübrigt sich jede weitere Stellungnahme. – Die AfD-Fraktion lehnt diesen Gesetzentwurf ab.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Frau Dr. Cyron. – Nächste Rednerin ist jetzt Frau Dr. Simone Strohmayer von der SPD-Fraktion. Frau Kollegin Dr. Strohmayer, bitte schön.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zuwanderung von Fachkräften ist in allen Bereichen – von der Wirtschaft bis zur Bildung – dringend notwendig. Liebe Kolleginnen und Kollegen, leider hinkt Bayern deutlich hinter den vom Bundesgesetz vorgegebenen Möglichkeiten von Anerkennungen und Qualifikationen hinterher. Die Anerkennungsverfahren – das wurde heute schon angesprochen – dauern viel zu lang, teilweise Jahre. Den Betroffenen werden viele Steine in den Weg gelegt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist doch verrückt; so viele Menschen kommen zu uns, und wir lassen sie hier nicht arbeiten. Das müssen wir ändern!

(Beifall bei der SPD)

Das gilt natürlich auch für die Lehrerinnen und Lehrer. Immer wieder melden sich bei mir betroffene Lehrerinnen und Lehrer, die mir ihre Geschichte von Verzögerungen und von immer wiederkehrenden Abweisungen erzählen. Teilweise stellen wir dann Petitionen; teilweise führe ich viele Telefonate mit den Ministerien. Es kann doch nicht sein, dass diese Leute, die Lust haben, hier zu arbeiten, und die dazu ausgebildet sind, keine verkürzte Möglichkeit haben, in diesem Bereich tätig zu werden. Nein, sie müssen ein gesamtes Studium, die gesamten Prüfungsverfahren und sowie das Referendariat und vieles mehr durchlaufen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist kein Weg für diese Leute! Da müsst ihr euch einfach mehr ausdenken.

(Beifall bei der SPD – Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Wir tun, was möglich und notwendig ist!)

– Lieber Herr Kollege Gotthardt, auch Sie wissen, dass Lehrkräfte aus der Ukraine hier in Bayern gute Arbeit leisten. Sie sind angestellte Lehrkräfte an staatlichen Schulen, Teamlehrer, Vertretungskräfte und teilweise Übersetzer.

(Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Das sage ich ja!)

– Aber es sind halt zu wenige, Herr Kollege, und wir könnten da noch viel mehr machen. Sie haben vorhin gesagt, es gebe viele Rädchen, an denen wir drehen müssten. Fangen Sie doch endlich damit an! Drehen Sie doch an den Rädchen, Herr Kollege!

(Beifall bei der SPD – Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Machen wir! – Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Die laufen schon!)

Wir haben ein Gutachten in Auftrag gegeben, das noch einmal klargestellt hat, dass hier in diesem Jahr in Bayern 4.000 Lehrerinnen und Lehrer fehlen; ich muss es immer wieder sagen. Jedes weitere Jahr kommen zusätzlich 1.500 dazu. Das bayerische Schulsystem wird auf längere Zeit nicht ohne Quer- und Seiteneinsteiger auskommen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Deswegen müssen wir uns überlegen, wie wir das gut hinbekommen. Natürlich sind die Ausbildungen nicht zu 100 % vergleichbar. Deswegen müssen wir Mittel und Wege finden, wie wir die Menschen nachqualifizieren können; das ist sehr wichtig.

– Sehr geehrter Herr Kollege Fischbach, noch eine Sache zu Ihnen: Wir hätten uns gewünscht, dass Sie hierzu in Ihrem Gesetzentwurf auch Vorschläge machen; an dieser Stelle kritisieren wir Sie. Wir werden dem Gesetzentwurf aber insgesamt zustimmen. Er geht in die richtige Richtung. Wir könnten hier noch viel mehr tun, als wir hier in Bayern tun.

(Beifall des Abgeordneten Arif Taşdelen (SPD) – Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Haken dran!)

Nachqualifizierung ist wichtig, und es kann nicht sein, dass die Leute, die zu uns kommen, ein gesamtes Studium und ein gesamtes Referendariat nachholen müssen.

(Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Das stimmt auch nicht!)

Das ist keine Nachqualifizierung.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte bleiben Sie am Rednerpult. – Es gibt noch zwei Zwischenbemerkungen; eine kommt von der Kollegin Sandt von der FDP-Fraktion. Bitte schön.

Julika Sandt (FDP): Frau Kollegin, wie erklären Sie sich denn, dass Herr Piazolo nicht nach Ihnen auf der Rednerliste steht? Als die Kollegin Demirel nach klaren Wegen zur Weiterqualifikation gefragt hat und Herr Gotthardt dann auch keine Antwort wusste,

(Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Na, na, na! Ich habe sehr klar gesagt, was geht!)

hat Herr Piazolo so genickt, als gäbe es klare Wege. Hier wurden aber keine aufgezeigt. Wie erklären Sie sich das? Er nickt zwar immer heftig, aber glauben Sie vielleicht auch, dass er in dieser Hinsicht völlig blank ist?

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Liebe Frau Kollegin, es ist ganz einfach: Es gibt keine Nachqualifizierungen, die entsprechende Anreize bieten, dass die Menschen das auch machen. Das ist ja wichtig.

(Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Das stimmt einfach nicht!)

Es muss auch attraktiv sein, damit das jemand macht. Jemand, der eine volle Ausbildung hat, macht doch hier nicht noch einmal ein volles Referendariat mit Referendariatsgehalt. Wie soll man davon seine Familie ernähren? Ich finde es einfach schäbig, immer zu sagen, dass die zu uns kommenden Menschen hier nicht arbeiten wollten. – Das stimmt nicht. Wir geben ihnen häufig nicht die Möglichkeit, hier einen angemessenen Beruf auszuüben. Das kritisieren wir, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Es gibt eine weitere Zwischenbemerkung. – Bitte schön, Frau Kollegin Regitz.

Barbara Regitz (CSU): Liebe Kollegin Strohmayr, ich bin doch etwas irritiert. Als Mitglied im Bildungsausschuss haben Sie doch selbst die gleichen Unterlagen bekom-

men. Wir haben dem Kultusministerium den expliziten Auftrag gegeben, noch einmal klar darüber zu berichten, welche Zugangserleichterungen denn für ukrainische Lehrkräfte und solche aus weiteren Staaten mit EU-Beitrittskandidatenstatus bestehen. Die Antwort umfasst mehrere Seiten; ich habe einen ganzen Stapel ausgedruckt.

(Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Das war zu lang!)

Ich wundere mich darüber, dass Sie das offensichtlich nicht gelesen haben; denn darin steht ganz klar, welche Möglichkeiten es gibt und dass es viele Möglichkeiten gibt. Ansonsten sind wir doch hoffentlich einer Meinung, dass für eine in Bayern unterrichtende Lehrkraft die deutsche Sprache wichtig ist. Das sind wir unseren Schülern wirklich schuldig. Wir brauchen auch eine gleiche Überzeugung für den erzieherischen pädagogischen Auftrag.

Erster Vizepräsident Karl Feller: Bitte schön, Frau Strohmayer.

Dr. Simone Strohmayer (SPD): Liebe Frau Kollegin, ich habe hier mehr als deutlich gemacht, dass die hier in Bayern ergriffenen Maßnahmen nicht ausreichen und weit hinter dem zurückbleiben, was der Bund ermöglicht. Mehr muss ich dazu nicht sagen.

(Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Was will der Bund im Bildungsbereich?)

Wir haben das ausführlich diskutiert.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Feller: Vielen Dank. – Es gibt eine weitere Wortmeldung. Herr Staatsminister Dr. Piazzolo würde gerne selbst Stellung nehmen. Bitte schön, Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo (Unterricht und Kultus): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will aufnehmen, was Frau Regitz gerade gesagt hat. Ich will überhaupt nicht über andere Ausschüsse urteilen; aber wenn es im Bildungsausschuss entsprechende Anträge und

lange Berichte gibt, dann wäre es doch einmal ganz sinnvoll, wenn die im Bildungsausschuss Sitzenden diese Berichte auch lesen würden, ehe sie hier sprechen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Dr. Simone Strohmayr (SPD):
Da steht nichts drin!)

– Warum steht da nichts drin? Das sind doch jetzt einfach Behauptungen.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Das ist halt zu wenig! – Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Wie viele Seiten hat er denn?)

– Liebe Frau Kollegin Strohmayr, Sie haben jetzt hier zweimal behauptet, dass der Bund Möglichkeiten vorgebe. Welche Möglichkeiten gibt der Bund im Bereich der Lehreranererkennung vor? – Null, nada, wirklich nichts.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Dann haben Sie nicht genau zugehört!)

Ich kann das wie der Papst in seiner Osterbotschaft in allen Sprachen durchdeklinieren.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Sie haben nicht zugehört, was ich gesagt habe!)

– Doch!

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Wir haben Fachkräftemangel!)

Das Thema ist Lehrerbildung und nicht Fachkräftemangel.

(Zurufe der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr (SPD))

– Doch, ich habe genau zugehört. Ich habe mir den Anfang und das Ende angehört. Wir reden aber im Moment nicht über Fachkräftemangel, sondern über ein Lehrerbildungsgesetz, das die FDP eingebracht hat. Das wäre in der Schule Themaverfehlung und würde entsprechend beurteilt werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zuruf der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr (SPD))

– Selbstverständlich haben wir einen Mangel an Lehrern. Das muss die FDP endlich anerkennen.

(Anhaltende Zurufe der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr (SPD))

Es ist doch wirklich ein Trauerspiel, dass man die Dinge immer wieder erklären muss; ein Beispiel: Wir haben in Bayern Hunderte von ausländischen Kräften, die an den Schulen unterrichten, vor allem ukrainische Lehrkräfte, wie vorhin angesprochen. Ich bin wie die Regierungsfractionen sehr dankbar, dass wir diese Lehrkräfte haben. Wir werben für sie sehr intensiv. Wir bieten ihnen nicht nur Möglichkeiten einzusteigen; das tun sie jetzt schon. Ich darf nochmals erwähnen: Wir haben in den über 800 Brückenklassen viele ukrainische Lehrkräfte mit unterschiedlichen Qualifikationen und Bezahlungen eingesetzt. In dieses System haben wir diese Lehrkräfte seit eineinhalb Jahren entsprechend integriert. Das wird anscheinend nicht zur Kenntnis genommen.

Selbstverständlich wollen wir einerseits eine entsprechende Zuwanderung. Das erlauben wir in großer Zahl. Andererseits erfordert dies natürlich die angemessene Qualifikation, nämlich zuerst Sprachkenntnisse, die entsprechend nachgewiesen werden müssen. Wenn die Sprachkenntnisse nachgewiesen werden, ist ein Einsatz selbstverständlich möglich.

Außerdem kommt es darauf an, in welcher Form man eingesetzt wird. Ich bin froh, dass wir bei den Lehrerinnen und Lehrern anders als in einigen anderen Bundesländern, die von Teilen der Ampel regiert sind, ein Berufsbeamtentum haben. Aber dann brauchen wir auch hohe Ansprüche.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Diesbezüglich gibt es verschiedene Möglichkeiten der Ausbildung. Das heißt, Voraussetzung ist keine pauschale Ausbildung, wie es dargestellt wurde, sodass man ein

ganzes Studium nachholen muss, sondern wenn man innerhalb der EU oder auch außerhalb der EU studiert hat, können Studienleistungen im Einzelnen anerkannt werden.

(Zurufe der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr (SPD))

– Ja, selbstverständlich. Ich war persönlich in Berlin und auch in Bayern als Hochschullehrer beruflich auch dafür zuständig. Ich kenne die Praxis einigermaßen, wie ECTS-Punkte aus anderen Staaten anerkannt werden. Das ist nicht immer einfach, weil man natürlich in die Studieninhalte des jeweiligen Landes hineinschauen muss. Wir schauen eben nicht nur, was drübersteht, sondern auch, was an Inhalten drinsteckt; denn, auch das weiß ich als Hochschullehrer, man kann viel über Vorlesungen drüberschreiben. Das ist ähnlich wie bei einem Wortbeitrag oder bei eingebrachten Gesetzen. Sie können viel drüberschreiben, aber entscheidend ist, was drinsteckt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Auch ich wünsche mir manchmal, das sage ich ganz offen: Da kann manches noch schneller gehen. Da muss man die jeweilige Situation prüfen. Aber die Prüfung der Leistung und das Anerkennungsverfahren erfolgen nicht zentral in unserem Haus, sondern an den Universitäten. Insofern sind wir vonseiten des Kultusministeriums seit Jahren dabei, das Ganze durchlässiger zu gestalten und immer mehr anzubieten. Wir werden auch wieder dem Bildungsausschuss berichten. Es gibt entsprechende Anträge.

Allerdings bin ich gegen diese Schwarz-Weiß-Malerei. Deshalb habe ich mich nochmals zu Wort gemeldet. Ich bin dagegen, dass man entweder sagt, das ist alles super, oder dass man sagt – was keiner getan hat –, es geht gar nichts. Das ist in Bayern nicht so. Wir bemühen uns und machen sehr viel. Es gibt viele Angebote.

Frau Kollegin Demirel, ich habe nichts dagegen – darüber können wir gerne reden –, wenn Eichstätt etwas anbieten will. Aber es ist zuerst erstmal Sache der Universität,

ein Angebot zu machen. Wir haben inzwischen eigenständige Hochschulen und Universitäten. Da kann man ins Gespräch kommen. Wenn es entsprechende Angebote gibt, prüfen wir sie gemeinsam. Dann können wir sie auch aufsetzen.

Aber nochmals ganz deutlich: Wir haben sehr, sehr gerne auch Lehrkräfte aus anderen Ländern bei uns. Wir sind da als Bayern offen. Wir stellen sie auch ein, verlangen aber bestimmte Qualifikationen. Diese Qualifikationen braucht man nicht unbedingt alle am Anfang, aber man muss bereit sein, eine Nachqualifizierung auf sich zu nehmen.

Frau Strohmayer, ein letzter Satz: Wenn man aber in Bayern auf Lebenszeit verbeamtet werden will, dann ist in den meisten Fällen zumindest die Ableistung der Referendarzeit angebracht. Denn, das will ich nochmals deutlich sagen: Es sind Beamte. Es sind Staatsdiener. Wir brauchen ein bestimmtes Wertesystem. Wir brauchen die Sprache. Es sind Kinder und Jugendliche – das ist ein hohes Gut –, die unterrichtet werden. Da haben wir einen hohen Qualitätsanspruch, dem wir gerecht werden wollen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Ich bitte Sie, am Rednerpult zu bleiben; denn es liegen mir noch drei Zwischenbemerkungen vor. Die erste Intervention ist von Herrn Abgeordneten Fischbach. Bitte schön, Herr Fischbach.

Matthias Fischbach (FDP): Sehr geehrter Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich versuche aufzuklären, was hierzu aus dem Bildungsausschuss kam. Auf Frage von Frau Regitz wurde von der Vertreterin des Ministeriums berichtet, dass das Erwerbsjahr der Qualifikation bei Drittstaatenanträgen eine ganz wesentliche Rolle spiele. Das heißt, wenn die ECTS-Punkte im Rahmen der Bologna-Reform erworben worden sind, ist es möglich, diese relativ einfach anzuerkennen, geschah das vor der Reform, geht das jedoch nicht. Das ist bei älteren Lehrkräften, die hier mit geflohenen Kindern angekommen sind und eigentlich unterrichten könnten, das Problem. Diese

Lehrkräfte bekommen aber bisher nur Aushilfsverträge, wie Herr Piazolo ausgeführt hat. Das kann eben nur prekär und vorübergehend sein. Wir wollen mit diesem Gesetzentwurf eine Perspektive geben und deshalb Artikel 7 Absatz 4 des Lehrerbildungsgesetzes ausweiten.

Herr Staatsminister, deswegen wäre meine Frage an Sie: Ihre Kultusverwaltung ist doch in der Lage, Abschlüsse aus Rumänien, Bulgarien, der Slowakei und den Mitgliedstaaten anzuerkennen, einzuschätzen und Nachqualifizierungsmaßnahmen zu definieren. Ist die Verwaltung denn nicht in der Lage, auch Abschlüsse aus der Türkei oder der Ukraine einzuschätzen und entsprechende Maßnahmen zu definieren? Die Sprache ist sowieso Grundvoraussetzung. Wo liegt also das konkrete Problem?

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Staatsminister.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Es geht auch in diesem Fall um einen Gesetzentwurf. Es geht um kein Verwaltungsverfahren. Selbstverständlich sind in Gunzenhausen Experten, die nichts anderes machen, als ausländische Abschlüsse anzuerkennen. Das ist eine hoch spezialisierte Behörde mit hoch spezialisierten Mitarbeitern, die weltweit ausländische Abschlüsse anerkennen. Das ist nicht leicht. Das wissen Sie wahrscheinlich auch. Aber es gibt nun einmal Unterschiede. Deshalb braucht man manchmal etwas Zeit. Um eines Ihrer Beispiele zu nehmen: Georgier sind Aufnahmekandidaten. Wenn man Studienleistungen, die in den Achtzigerjahren des vergangenen Jahrtausends in Georgien erbracht worden sind, bewertet, dann tut man das nicht an einem Tag, sondern man muss schon einmal in die Inhalte reinschauen. Das können die Mitarbeiter vor Ort. Aber das machen Sie jetzt durch einen Gesetzentwurf nicht besser. Ein Gesetz ist ganz nett. Das betrifft jetzt auch die Lehrkräfte aus Staaten wie Georgien, Kosovo und ein paar andere Staaten. Das wird jetzt den Bedarf an Lehrkräften bei uns nicht decken. Diejenigen, die inzwischen aus den Ländern zu uns kommen, haben konkrete Anerkennungsverfahren, vor allem

durch die Mitarbeiter vor Ort, die sich da sehr gut auskennen und hoch qualifiziert sind.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Dann darf ich die nächste Intervention von Herrn Vizepräsidenten Gehring aufrufen. Bitte schön.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Minister Piazolo, ich habe den Bericht gelesen, den Ihr Haus im kulturpolitischen Ausschuss gegeben hat. Darin steht, was wir alle wissen, dass es im Schulgesetz drei Artikel gibt, in denen es um Lehrkräfte geht: Artikel 59 betreffend Lehrkräfte mit einem ersten und zweiten Staatsexamen, also das, was wir meistens meinen; Artikel 60 betreffend Förderlehrer und Artikel 60a betreffend Lehrer in Brückenklassen, also Lehrer für bestimmte Maßnahmen. Gestern war in der "Augsburger Allgemeinen" ein Artikel über die schlechten Arbeitsbedingungen dieser Lehrer zu lesen, die oft monatelang auf ihr Geld warten müssen. Darüber reden wir aber nicht – Sie schon. Es geht um Lehrkräfte, die dann tatsächlich eingesetzt werden können. In Ihrem Bericht heißt es unter Punkt 5, für Lehrkräfte aus den sogenannten Drittländern, die ein Studium hätten, gebe es die Möglichkeit eines Studiums in Bayern. Das heißt, dann wird geschaut, was vom alten Studium noch anerkannt werden kann. Sie müssen nach ihrem ersten Studium aber noch ein Studium machen. Diese Anerkennungen dauern oft sehr lange. Sie müssen noch ein Studium machen, dann eine erste Staatsprüfung ablegen und eine Vorbereitungszeit durchlaufen. Das heißt: Das ist keine Maßnahme, um gut qualifizierte Leute schnell in die Schule zu bekommen. Das ist keine Maßnahme, um die Kenntnisse von Leuten, die praktische Erfahrung im Unterricht haben, anzuerkennen. Das ist kein Verfahren, um Leute berufsbegleitend zu qualifizieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Die Leute, die Sie jetzt beschreiben, sind schon an unseren Schulen. Sie tun immer so, als ob diese alle

warten würden und als ob es nur die Alternative geben würde: Entweder bin ich ein auf Lebenszeit verbeamteter Lehrer, oder ich bin gar nicht an der Schule tätig. Dieser Unterschied wird immer aufgemacht. Es gibt aber wahnsinnig viele Lehrkräfte, die zwischen diesen Kategorien, die Sie gerade genannt haben, liegen.

Ich darf auf die ukrainischen Lehrkräfte zurückkommen. Diese sind an unseren Schulen. Es gibt auch aus anderen Ländern sehr, sehr viele Lehrkräfte, die an den Schulen eingestellt sind. Ich habe erst gestern wieder entsprechende Gespräche geführt, auch mit Mittelschulen. Sehr viele sind dort im Unterricht tätig. Diese Personen werden selbstverständlich auch weiter qualifiziert, und zwar in verschiedenen Phasen. Auch die Lehrerfortbildung lassen Sie einfach immer weg. Selbstverständlich – darüber können wir uns jetzt gerne länger unterhalten – haben wir Quereinstiegsmöglichkeiten für Teamlehrkräfte, sich über Sondermaßnahmen weiterzuqualifizieren, um mit einem Quereinstieg in die Referendarzeit zu kommen.

Ich sage aber auch deutlich und wiederhole es: Wir brauchen – und ich will ihn auch – einen bestimmten Qualitätsmaßstab. Es geht um den Weg zum Beamten. Man ist schon als Referendar Beamter mit bestimmten Pflichten und Rechten und unterrichtet in Schulen. Auch wenn ich vor Lehrerausbildungen im Ausland große Hochachtung habe, so gibt es dennoch qualitativ sehr viele Unterschiede. Das sehen wir auch anhand entsprechender internationaler Tests. Der Wechsel in das deutsche Schulsystem und in Deutschland dann noch in das beste Schulsystem, das es in Deutschland gibt, nämlich das in Bayern, ist natürlich nicht leicht. Deshalb führen wir Qualifikations- und Sondermaßnahmen durch. Im letzten Jahr haben wir schon eine dreistellige Zahl an Lehrkräften über Sondermaßnahmen in die Referendarzeit gebracht. Wir werden das in diesem Jahr forcieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Dann kommt noch die dritte Intervention, nämlich die des fraktionslosen Abgeordneten Bayerbach. Bitte schön.

Markus Bayerbach (fraktionslos): Herr Minister, die FDP oder die gesamte Ampel argumentiert immer mantramäßig: Zuwanderung ist das Allheilmittel. Eine Bekannte aus der Ukraine hat gesagt, sie findet es schäbig und unsolidarisch und einen National-egoismus, wenn wir jetzt versuchen, die Fachkräfte aus der Ukraine zu integrieren und dann dort nach Kriegsende Lücken reißen. Wie will die Bayerische Staatsregierung eigentlich mit den Lehrern umgehen, wenn der Krieg da unten vorbei ist? Ein Großteil der Flüchtlinge wird zurückkehren. Bei den Ukrainern ist, glaube ich, der Rückkehrwille sehr, sehr groß. Inwieweit wird man dann versuchen, diese hier zu halten, oder wird man sie unterstützen, wieder in der Ukraine zu arbeiten, damit in deren Schulsystem beim Aufbau nicht noch eine Riesenlücke entsteht?

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazoło (Unterricht und Kultus): Herr Kollege, ich habe versucht, in meinen Antworten auf die Zwischenfragen das eine oder andere klarzustellen. Das, was die FDP im Gesetzentwurf vorgelegt hat und was die Kollegen von der SPD und den GRÜNEN gesagt haben, ist der gut gemeinte Versuch, Dinge voranzubringen, wenn man sich überlegt: Wie können wir jetzt den Lehrerbedarf abdecken? Ich glaube, wir sind uns einig – die FDP hat das auch nicht behauptet, – dass mit diesem Gesetzentwurf nicht alles gelöst wird. Kollege Gotthardt hat vorher über verschiedene Rädchen, über verschiedene Maßnahmen gesprochen. Es wird nicht "die" Maßnahme geben. Der Gesetzentwurf, den wir jetzt auch ablehnen werden, ist kein Gesetzentwurf, der alles löst – so ist er auch nicht gedacht –, sondern darin geht es wie immer – da bin ich auch durchaus aufgeschlossen – um verschiedene Möglichkeiten, Lehrerbedarfe zu decken.

Ich sage auch offen: Wenn Leute aus anderen Ländern mit entsprechenden Qualifikationen zu uns kommen und an unseren Schulen arbeiten wollen, dann sind sie erst einmal willkommen, und wir freuen uns, dass sie da sind. Dann versuchen wir, sie entsprechend einzusetzen. Ich habe schon gesagt, dass bei uns eine hohe Zahl von ausländischen Lehrkräften im Einsatz ist. Wir wollen sie auch weiterqualifizieren. Heute

haben wir jetzt lediglich über verschiedene Wege diskutiert, wie dies bewerkstelligt werden kann.

In einer anderen Fraktion gibt es andere Überlegungen, die ich grundsätzlich ablehne. In ihr sieht man jegliche Zuwanderung kritisch. Natürlich wird es gerade bei den ukrainischen Lehrkräften, die Sie angesprochen haben, welche geben, die zurückkehren. Ich sage aber auch: Es schadet nicht, wenn man ein deutsches Schulsystem kennengelernt hat, wenn man die Sprache gelernt hat, wenn man sich auskennt und dann wieder zurückgeht. Wir werden dies auch nicht aktiv verhindern – nein, überhaupt nicht. Gerade in der Ukraine besteht die Befürchtung eines Brain Drains. Es wird aber auch sehr, sehr viele geben, die bei uns bleiben, weil sie eine gute Unterkunft gefunden haben, weil sie einen guten Job gefunden haben und weil ihnen viele Menschen ans Herz gewachsen sind. Das begrüße ich.

Wir werden uns beide Entwicklungen ansehen. Wir werden beide Entwicklungen tatkräftig unterstützen. Wir werden insbesondere diejenigen unterstützen, die bei uns bleiben wollen. Ich will auch noch einmal deutlich sagen: Wir haben in Bayern eine Willkommenskultur, und wir sind offen für Menschen, die zu uns kommen und hier arbeiten wollen, die sich integrieren wollen und die unser Land voranbringen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Ich sehe zu diesem Thema keine weiteren Wortmeldungen. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Bildung und Kultus empfiehlt den Gesetzentwurf zur Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Gesetzentwurf der FDP-Fraktion auf Drucksache 18/23635 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der SPD, das ist der fraktionslose Abgeordnete Busch, und das ist die Fraktion der FDP. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der CSU sowie der AfD und die drei fraktionslosen Abgeordneten

Plenk, Klingen und Bayerbach. Stimmenthaltungen! – Das ist die Fraktion der GRÜNEN. Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.